



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ **Frankfurt am Main, 1. August 2013**

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die jüngsten Daten haben unsere bisherige Einschätzung bestätigt. Der zugrunde liegende Preisdruck im Euro-Währungsgebiet dürfte auf mittlere Sicht gedämpft bleiben. In dieses Bild passt auch, dass das Geldmengen- und insbesondere das Kreditwachstum nach wie vor verhalten sind. Die Inflationserwartungen für das Euro-Währungsgebiet sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Zugleich deuten aktuelle aus Umfragedaten gewonnene Vertrauensindikatoren auf eine gewisse weitere Verbesserung ausgehend von einem niedrigen Niveau hin und bestätigen vorläufig die Erwartung einer Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit. Unser geldpolitischer Kurs ist nach wie vor darauf ausgerichtet, den durch die Aussichten für die Preisstabilität gebotenen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten und stabile Geldmarktbedingungen zu fördern. Somit wird eine allmähliche konjunkturelle Erholung im weiteren Jahresverlauf und 2014 unterstützt. Mit Blick auf die Zukunft wird der akkommodierende geldpolitische Kurs so lange wie erforderlich beibehalten. Der EZB-Rat bestätigt seine Erwartung, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Diese Einschätzung beruht weiterhin auf den auch mittelfristig insgesamt gedämpften Inflationaussichten vor dem Hintergrund der verbreitet schwachen Wirtschaft und der verhaltenen Geldmengenentwicklung. In nächster Zeit werden wir alle eingehenden Informationen zu den wirtschaftlichen und monetären Entwicklungen verfolgen und sämtliche Auswirkungen auf die Aussichten für die Preisstabilität analysieren.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Nachdem die Wirtschaftstätigkeit im Euroraum die letzten sechs Quartale geschrumpft war, deuten aktuelle aus Umfragedaten gewonnene Vertrauensindikatoren auf eine gewisse weitere Verbesserung ausgehend von niedrigen Werten hin und bestätigen vorläufig die Erwartung einer Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit auf niedrigem Niveau. Zugleich stellt sich die Lage am Arbeitsmarkt nach wie vor schwach dar. Im Hinblick auf den weiteren Jahresverlauf und das Jahr 2014 sollte das Exportwachstum im Eurogebiet von einer allmählichen Erholung der weltweiten Nachfrage profitieren, während die Inlandsnachfrage durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs sowie durch die jüngsten Realeinkommenszuwächse infolge der insgesamt niedrigeren Inflation gestützt werden dürfte. Überdies scheinen die allgemeinen Verbesserungen, die seit dem vergangenen Sommer an den Finanzmärkten zu verzeichnen sind, allmählich auf die Realwirtschaft durchzuwirken, und auch für die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung sollte dies zutreffen. Gleichwohl werden die noch notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor die Wirtschaftsentwicklung weiterhin belasten. Insgesamt dürfte sich die Konjunktur im Eurogebiet stabilisieren und langsam erholen.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euroraum sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Die jüngste Entwicklung der Bedingungen an den globalen Geld- und Finanzmärkten sowie damit verbundene Unsicherheiten könnten sich negativ auf die Konjunkturlage auswirken. Zu den anderen Abwärtsrisiken zählen eine möglicherweise schwächer als erwartet ausfallende inländische und weltweite Nachfrage sowie eine langsame oder unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in Ländern des Eurogebiets.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juli 2013 auf 1,6 % und blieb somit gegenüber Juni unverändert. Derzeit wird davon ausgegangen, dass die jährlichen Inflationsraten – insbesondere bedingt durch Basiseffekte im Zusammenhang mit der Energiepreisentwicklung vor Jahresfrist – in den kommenden Monaten vorübergehend sinken werden. Aus der angemessenen mittelfristigen Perspektive betrachtet dürfte der zugrunde liegende Preisdruck aufgrund der breit angelegten Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der nur schleppenden Konjunkturerholung niedrig bleiben. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit Preisstabilität im Einklang steht.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung dürften auf mittlere Sicht nach wie vor weitgehend ausgewogen sein, wobei sich Aufwärtsrisiken aus stärker als erwartet steigenden administrierten Preisen und indirekten Steuern sowie aus höheren Rohstoffpreisen und Abwärtsrisiken aus einer schwächer als erwartet verlaufenden Konjunktur ergeben.

Was die **monetäre Analyse** anbelangt, so blieb die Grunddynamik des Geldmengen- und vor allem des Kreditwachstums im Juni verhalten. Die Jahreswachstumsrate der weit gefassten Geldmenge M3 ging von 2,9 % im Mai auf 2,3 % im Juni zurück. Auch die jährliche Änderungsrate von M1 verringerte sich, und zwar von 8,4 % im Mai auf 7,5 % im Juni. Die Jahresänderungsrate der Buchkredite an den privaten Sektor schwächte sich weiter ab. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im Juni erneut bei 0,3 % und ist damit seit dem Jahreswechsel weitgehend unverändert geblieben. Die ebenfalls um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften betrug im Juni -2,3 % nach -2,1 % im Mai. Die schwache Entwicklung der Kreditvergabe ist nach wie vor im Wesentlichen Ausdruck der aktuellen Phase des Konjunkturzyklus, des erhöhten Kreditrisikos sowie der anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor. Die Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken für das zweite Quartal 2013 bestätigt, dass das Kreditnehmerrisiko und die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit weiterhin die wichtigsten Faktoren für die zurückhaltende Kreditvergabepolitik der Banken darstellten. Unterdessen war die Verschärfung der Richtlinien für die Vergabe von Krediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im zweiten Vierteljahr 2013 gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum unverändert und fiel bei Krediten an private Haushalte schwächer aus.

Seit dem Sommer vergangenen Jahres hat sich die Refinanzierungssituation der Banken erheblich verbessert. Fortschritte wurden insbesondere auch bei der Erhöhung der heimischen Einlagenbasis in einer Reihe von Ländern mit finanziellen Schwierigkeiten erzielt. Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Euro-Ländern ist es wichtig, dass die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter zurückgeht und die Widerstandsfähigkeit der Banken erforderlichenfalls erhöht wird. Weitere entschiedene Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenunion werden dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der wirtschaftlichen Analyse zufolge die Preise auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Im Bereich der **Finanzpolitik** sollten die Euro-Länder in ihren Bemühungen um eine Verringerung der staatlichen Haushaltsdefizite keine Rückschritte machen, damit die Schuldenquoten wieder sinken. Dabei sollten wachstumsfreundliche Haushaltsstrategien mit mittelfristiger Ausrichtung im Vordergrund stehen, die auf eine höhere Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen abzielen und gleichzeitig die durch die Besteuerung bedingten Verzerrungseffekte so gering wie möglich halten. Um die Gesamtwirkung einer solchen Strategie zu verstärken, müssen die Mitgliedstaaten die Umsetzung der notwendigen **Strukturenreformen** vorantreiben, damit Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert werden. Die Beseitigung von Rigiditäten am Arbeitsmarkt, die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Stärkung des Wettbewerbs an den Gütermärkten wird vor allem kleine und mittlere Unternehmen unterstützen. Diese

Strukturreformen sind von entscheidender Bedeutung, um die derzeit hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den jüngeren Bürgern des Euro-Währungsgebiets, abzubauen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.